



BERLININFO

NR. 2

27. Januar 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt Tendenzen zu sagen, es sei genug der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. So wie zuletzt durch Herrn Höcke von der AfD. Das ist vollkommen falsch.

Deshalb bin ich froh, dass wir heute ein deutliches Zeichen für die Euthanasieopfer im Deutschen Bundestag gesetzt haben. Es war beeindruckend wie Frau Falkenstein von der Ermordung ihrer Tante berichtete, deren als unwertes Leben eingestuft und Rahmen des NS-Euthanasie-Programms ermordet wurde. Eines ihrer Zitate ist bei mir besonders in Erinnerung geblieben: "Ihr seid nicht dafür verantwortlich, das es geschah, aber dafür, dass es nicht wieder geschieht."

Die Väter unseres Grundgesetzes haben aus dieser Erfahrung heraus den Artikel 1 unseres Grundgesetzes geschrieben: "Die Würde des Menschen ist unantastbar".

Ihre

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Wir nehmen Abschied von Roman Herzog

In dieser Woche haben wir im Rahmen eines Staatsakts Abschied vom ehemaligen Bundespräsidenten und Richter des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, genommen. In Erinnerung bleibt bei mir vor allem seine „Ruck-Rede“ mit der Forderung an die Regierung Helmut Kohl, notwendige Reformen anzugehen. Roman Herzog war am 10. Januar im Alter von 82 Jahren verstorben.



Grüne Woche in Berlin

Ein Termin auf den ich mich jedes Jahr sehr freue, ist der Besuch der Internationalen Grünen Woche. In diesem Jahr konnte ich bei gleich zwei Rundgängen, mit dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und der Landesgruppe Rheinland-Pfalz, einen guten Überblick über die Aussteller und Inhalte gewinnen. Ausgehend vom Stand des diesjährigen Partnerlandes Ungarn besuchten wir unter anderem die Blumenhalle, den Erlebnisbauerhof, den Deutschen Jagdverband, die Ahrweinkönigin Theresa Ulrich und natürlich auch den Stand der Landesvertretung Rheinland-Pfalz. Wir wurden überall herzlich empfangen und konnten uns über die verschiedenen Stände und Angebote informieren. Ein Besuch der Grünen Woche ist immer empfehlenswert!



Eine „Cloud“ für Deutschland

Microsoft hat in Kooperation mit der Deutschen Telekom eine Cloud eigens für Deutschland entwickelt. Ich finde das richtig gut. Denn die Server und damit Speicherplatz und Rechenzentrum für die Daten stehen in Frankfurt und Magdeburg. Sie unterliegen damit also deutschem Datenschutzrecht. Das zeigt auch, dass große US-Firmen wie Microsoft erkannt haben, Datenschutz ist ein Qualitätsmerkmal. Es wäre schön, wenn zukünftig nicht nur für Geschäftskunden sondern auch für Privatkunden die Möglichkeit haben, so ihre Daten zu sichern.



USA bleiben wichtigster Verbündeter außerhalb der EU

Die ersten Maßnahmen des neu gewählten US-Präsidenten haben gezeigt, dass er seinen Schwerpunkt auf die amerikanische Innenpolitik legen will. Bei seiner außenpolitischen Linie deutet sich an, dass er in manchen Bereichen umsteuern wird. Wir sollten aufmerksam die weitere Entwicklung verfolgen, aber auch mit selbstbewusster Gelassenheit unsere Standpunkte vertreten. Vergessen wir nicht: Der neue amerikanische Präsident ist erst seit wenigen Tagen im Amt. Aber die erste Rede im Amt gibt auch Anlass zur Sorge. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir miteinander sprechen.

Deutschland und die USA verbindet eine lange Freundschaft. Daran werden wir festhalten. Unter Freunden spricht man miteinander und pflegt das Verhältnis zueinander. Deshalb wird Volker Kauder im Februar nach Washington reisen, um mit Trump's Umfeld zu sprechen und es genauer kennenzulernen. Mancher auch in den Reihen unseres Koalitionspartners schaut mit seinen Worten zu viel auf den Beifall im Inland – und damit auf den Wahlkampf.

Wir werden darauf dringen, dass das gesamte westliche Bündnis auch weiterhin auf ein regelbasiertes, auf gemeinsamen Werten beruhendes, gemeinsames Handeln setzt. Dies gilt für die Sicherheit wie für die internationale Wirtschafts- und Handelsordnung. Ich bin davon überzeugt, dass das transatlantische Verhältnis einer der Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik bleiben wird. Seit fast siebzig Jahren haben die Vereinigten Staaten dafür gesorgt, dass zunächst die alte Bundesrepublik und dann das geeinte Deutschland sicher und in Freiheit leben konnten.

Wir haben dies nicht vergessen und sind dafür dankbar. Wir wissen aber auch, dass wir unseren Beitrag zur Verteidigung unseres Bündnisses und unserer Werte weiter steigern müssen.

Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung

Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Beschäftigung auf einem Höchststand. Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Das ist unsere Politik des Wohlstands für alle. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent. Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Aber wir lehnen uns nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken.

Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt uns darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationengerechtigkeit

jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden.

Technik für unsere Sicherheit nutzen

Der terroristische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen haben gezeigt, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn auf gestochen scharfe Bilder „in flagranti“ sind wenige Täter scharf. Dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist nicht nachvollziehbar – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Deshalb beraten wir in dieser Woche mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtert.

Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Auch wollen wir durch Technik unsere Polizisten besser schützen. Deshalb schaffen wir die Voraussetzung zum Einsatz körpernah getragener Kameras, sogenannter Bodycams. Die kleinen Geräte sind geeignet, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und zugleich Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können.

Frank Walter Steinmeier stellt sich vor und Sigmar Gabriel tritt zurück

Anders als erwartet. Dienstag, 15 Uhr. Frank Walter Steinmeier stellt bei uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Ziele und Vorstellungen als zukünftiger Bundespräsident vor. Ein denkbar ungünstiger Moment. Denn unsere Aufmerksamkeit galt einem anderen Ereignis. Auf unseren Handys blitzte die Nachricht auf, dass Martin Schulz der Kanzlerkandidat der SPD sei. Sigmar Gabriel trete nicht an, lege den Parteivorsitz nieder und übernehme das Amt des Außenministers. Was heißt das jetzt für uns? Die beiden Kandidaten für das Kanzleramt stehen nun fest. Der Wahlkampf hat begonnen. Gut so.



Daten und Fakten

Alternative Wintersportangebote werden immer beliebter. Die Zahl begeisterter Wintersportler, die sich abseits klassischer Angebote im Schnee betätigen und naturnah erholen wollen, wird immer größer. Wie eine Befragung der Mitglieder des Deutschen Alpenvereins (DAV) ergab, stieg allein die Zahl der Schneeschuhgeher innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als das Zweieinhalbfache. Damit bewegen sich über 220.000 Sportler regelmäßig abseits des alpinen Skisports und helfen damit dem Wandel hin zu einem nachhaltigen und breiter gefächerten Wintertourismus. Diese Entwicklung fördert vor allem Gebiete am Rande der Alpen und jene, die auf umfangreiche Ausbaumaßnahmen bewusst verzichten. Zum Angebot gehören unter anderem Rodeln, Skitouren und naturverträgliche Winterwanderungen, die für alle Alters- und Schwierigkeitsstufen angeboten werden. Um dabei den Schutz sensibler Wald- und Wild-Schongebiete zu gewährleisten, hat der DAV zusammen mit dem Bayerischen Umweltministerium umfangreiche Wanderrouten erarbeitet.

(Quelle: Deutscher Alpenverein)